

AMTSENTHEBUNG DES KREISVORSTANDS

Sehr geehrte Mitglieder des AfD-Kreisvorstands Pfaffenhofen,

der Landesvorstand der AfD Bayern gibt Ihnen hiermit seinen folgenden Beschluss vom 22.09.2025 bekannt:

Begründung:

Die Amtsenthebung des Kreisvorstands stützt sich auf die folgenden tatsächlichen und rechtlichen Erwägungen.

I. Tatsächliches

Seit Mitte 2022 wurden im AfD-Kreisverband Pfaffenhofen zahlreiche Anträge auf Parteibeitritt gestellt. Von diesen wurden mindestens ca. 50 Anträge abgelehnt oder noch nicht entschieden. Hinzu kommen u. U. weitere Aufnahmeanträge, die aufgrund der langen Verzögerung mit der Bearbeitung nicht mehr im Parteimanager angezeigt werden. Für nahezu keine der Ablehnungen und Verzögerungen sind plausible Gründe erkennbar.

II. Rechtliches

Durch das dargelegte Verhalten hat der Kreisvorstand nach § 8 I, II a) Bundessatzung AfD beharrlich sowohl gegen die Ordnung als auch die Satzung der Partei verstoßen, weshalb ernach § 8 I a), III 1 Bundessatzung AfD seines Amtes enthoben wird.

Aus § 5 I 1 Bundessatzung AfD resultiert die Pflicht aller Mitglieder, die Zwecke der Partei zu fördern. Existenz, Funktions- und Konkurrenzfähigkeit einer Partei werden erst durch die Aufnahme neuer Mitglieder gewährleistet. So ermöglicht die personelle Stärkung der Partei, vermehrt an der öffentlichen Willensbildung teilzunehmen, bspw. durch Versammlungen, Informationsstände, das Verteilen von Flyern, die Aufstellung von Kandidaten zu Wahlen und ähnliches politisches Engagement. Gleichzeitig ist der stete Zuwachs von Mitgliedern aufgrund der Beitragspflicht nach § 8 I FBO Grundlage für die

notwendige finanzielle Ausstattung der Partei. Durch das Mehr an Beiträgen ist wiederum eine verstärkte Mitwirkung an der öffentlichen Willensbildung möglich. Dementsprechend ist sind für die Aufnahme neuer Parteimitglieder zuständige Altmitglieder, insbesondere also der jeweilige Vorstand, nach § 5 I 1 Bundessatzung AfD verpflichtet, mit Interessenten in Kontakt zu treten, alle notwendigen Handlungen vorzunehmen, die für die Aufnahme erforderlich sind und eine Aufnahme nicht sachgrundlos zu verzögern, erschweren oder verhindern.

Der Kreisvorstand hat in mindestens 50 Fällen Mitgliedsanträge ohne erkennbaren Sachgrund abgelehnt oder nicht bearbeitet und dadurch wiederholt sowohl gegen seine allgemeine Loyalitätspflicht gemäß der Ordnung der Partei als auch gegen § 5 I 1 Bundessatzung AfD verstoßen. Aufgrund der hohen Anzahl an Verstößen ist das Kriterium der Beharrlichkeit nach § 8 II a) Bundessatzung AfD erfüllt. Das Fehlverhalten wird zudem durch das systematische und vorsätzliche Vorgehen, das zu alledem auch nach § 266 I StGB strafbar ist, verschärft. Gleichzeitig sind keine entschuldigenden oder zumindest mildernden Umstände zugunsten des Kreisvorstands ersichtlich.

Aufgrund der enormen Anzahl und Schwere der Verstöße wäre auch die u. U. erforderliche Verhältnismäßigkeit der Amtsenthebung gegeben.

III. Folgen

Der Beschluss der Amtsenthebung tritt nach § 8 III 1 Bundessatzung AfD mit sofortiger Wirkung in Kraft. Dementsprechend sind Sie hiermit Ihres Amtes enthoben und die weitere Ausübung desselben ist Ihnen strengstens untersagt. Der Landesvorstand wird sich um das weitere Vorgehen, insbesondere die Organisation von Neuwahlen, kümmern.